

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Streikbeginn in Mitteldeutschland.

### Die Arbeitsniederlegung allgemein. — Die Richtlinien der Streikleitung.

Halle, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind die Würfel gefallen. Das Unternehmertum hat den Arbeitern den Kampf aufgezwungen. Die Empörung in der Bergarbeiterschaft über die Haltung des Unternehmertums und der Reichsregierung ist in den Revieren, sei es in Geiseltal oder im Bezirk Bitterfeld, im Anhaltischen, in Zeitz, Weißenfels oder in der Lausitz, groß und allgemein. Die Kohlenbarone müssen sich darüber klar werden, daß mit der von ihnen abgelehnten Lohnerhöhung ein Ringen anhebt, das an Erbitterung seinesgleichen suchen wird.

Die nicht direkt am Kampf beteiligte Bevölkerung kann den Widerstand der Unternehmer gegenüber der ganz allgemein als äußerst bescheiden bezeichneten Lohnforderung nicht verstehen. Die mitteldeutsche Bergarbeiterschaft hat in ihrem Kampf

#### Die Sympathie der Öffentlichkeit auf ihrer Seite.

Nachdem sich am Sonnabend die Funktionäre der am Tarifvertrag beteiligten Verbände — Bergarbeiterverband, Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter, Gewerkschaftsverein der Fabrik- und Handarbeiter, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und der Fabrikarbeiterverband — in einer Versammlung in Halle über den Streik schlüssig geworden sind, nahmen die einzelnen Belegschaften am Sonntag zu der neu geschaffenen Lage Stellung. Ingesamt dürften im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues über 70 Versammlungen stattgefunden haben. Sie waren alle sehr gut besucht. Die Gewerkschaftsführer wiesen in ihren Ausführungen nochmals auf den Ernst der Lage hin, auf die Schwere des bevorstehenden Kampfes hin und teilten die von den Funktionären beschlossenen Richtlinien mit. Einmütig betonten die Versammelten, daß ihnen

#### Der Streik als letztes Mittel

zur Durchsetzung ihrer gerechten Forderung gelte und gelobten Solidarität und Durchhalten im Kampf. Auch nicht in einer einzigen Versammlung gab es Widerspruch gegen die Streikproklamation der Verbände, obwohl die Arbeiter hier den Terror der Zehngewaltigen zu fürchten haben und wissen, daß viele von ihnen brutal nach dem Kampf aufs Pfloster gemorren werden.

Nach den Richtlinien der beteiligten Organisationen beginnt der Streik Montag früh 6 Uhr. Ruhig und besonnen haben die Belegschaften die Kampf vorbereitungen getroffen. Überall sind Streikleitungen gebildet worden. Am Montag früh werden die Arbeiter nochmals ihre Arbeitsstellen aufsuchen, um sie dann geschlossen zu verlassen. Für 8 Uhr morgens sind überall die ersten Streikversammlungen angesetzt. Die Richtlinien der Organisationen lauten u. a. folgendes vor:

1. Öffentliche politische Veranstaltungen jeder Art sind während der Streikdauer zu meiden.
2. Notwendige Notstandsarbeiten sind nur nach den Richtlinien der zentralen Streikleitung zu verrichten. Mannschaften zur Verrichtung von Notstandsarbeiten werden von der Streikleitung bestimmt.
3. Die Streikenden haben die ihnen von der Streikleitung zugewiesenen Aufgaben zur Durchführung des Streiks gewissenhaft und korrekt zu erledigen.

Betont werden muß, daß die Notstandsarbeiten durch die zentrale Streikleitung und auch durch die örtlichen Streikleitungen überall sichergestellt sind. Sie werden im einzelnen am Montag zwischen den Belegschaften und der Wertverwaltung geregelt.

Wie wir erfahren, haben sich die Unternehmer bereits um die Einziehung der Technischen Nothilfe bemüht. Es kann nur davon gewarnt werden, diesem Verlangen Folge zu leisten. Die Nothilfe ist im Streikgebiet völlig überflüssig. Die Streikenden übernehmen jede Garantie für eine korrekte Ausführung der Nothstandsarbeiten. Wird die Nothilfe trotzdem eingesetzt, so bedeutet das größte Beunruhigung der Bevölkerung, die durch die Ereignisse der letzten Woche an sich stark erregt worden ist.

#### Der erste Streiktag.

85 bis 95 Proz. der Belegschaften im Aufruhr.

Halle, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Entsprechend der Zusicherung der in Frage kommenden amtlichen Stellen wird Leno nicht eingesetzt werden. Die Kommunisten, die noch am Freitag die Bergarbeiterleitung in der ordinären Form beschimpft hatten, verhalten sich angesichts des Willens der Arbeiter, einmütig zusammenzustehen, vollkommen passiv. Die Kampf Stimmung ist ausgezeichnet. Die Reviere Helmsdorf, Eggenried, Wulde und das Revier Magdeburg streiken vollständig. Hiemlich allgemein ist der Streik auch im Sächsischen Revier. Die vom BTB verbreitete Meldung, daß 40 Proz. der Belegschaften sich in Streik befinden, ist irreführend.

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist

#### die Arbeitsniederlegung allgemein.

Das gilt vorzugsweise für die Reviere Klitzsch, Zeitz, Weißenfels, Egel, Aschersleben, die anhaltischen Gruben und die Zechen östlich der Elbe. Die Zahl

der Streikenden ist wolher Erwartungen groß und übertrifft die Zahl der Ründigungen ganz beträchtlich. Besonders günstig ist das Ergebnis im Bezirk Oberröblingen, wo die Selben ihren Sitz haben. Hier ist die Zahl der Streikenden außergewöhnlich groß. Die Selben haben im letzten Augenblick nicht den Mut zum Streikbruch gehabt und haben sich der Sache der Arbeiter angeschlossen. Ebenso liegen die Dinge in Geiseltal. Hier kommt eine nicht bodenständige Arbeitererschaft in Frage, die ganz besonders unter dem Terrorismus der Unternehmer steht. Hier wurden die Streikaufrüher äußerst skeptisch beurteilt. Es zeigte sich am Montag morgen aber, daß diese Beurteilung falsch war. Von einer Belegschaft von 7800 Mann sind 7200 sofort in den Streik getreten. Damit ruhen die wichtigsten Leuna-Gruben, auf denen die Produktion des Leunawerkes fußt.

#### In Golpa,

das das Kraftwerk Hshornewig versorgt, streiken 900 von 950 Mann der Belegschaft.

Auch in den ostelbischen Braunkohlenrevieren hat der Streik heute früh verhältnismäßig kräftig eingesetzt. Trozdem die Dablag-Betriebe im Senftenberger Bezirk keine einzige Ründigung eingereicht hatten, haben heute früh dort über 50 Proz. aller Beschäftigten die Arbeit niedergelegt. Drei der größten Werke sind vollständig stillgelegt. Von den bekannteren Gruben ist bemerkenswert, daß die Grube Ferdinand 240, die Brillefabrik Lauchhammer 130, die Grube Friedländer 350 Streikende haben. Im mitteldeutschen Revier Borna sind 90 Proz. im Aufruhr. Der Durchschnitt der Ausständigen beträgt im mitteldeutschen Revier heute vormittag 85 bis 95 Proz. Die Streikleitung in Halle rechnet damit, daß morgen früh alles aus den Betrieben restlos heraus sein wird.

#### Falschmeldungen.

##### Keine Zwischenfälle im Streikgebiet.

Wolff verbreitet eine Reihe von Tendenzmeldungen von Streikterror und angeblichen Schlägereien, auf Gruben, deren Namen nicht einmal genannt werden. Diese Meldungen sind, wie uns von der Streikleitung versichert wird, falsch. Selbst TL. muß schließlich melden:

Nach den bei den einzelnen Landratsämtern sowie bei der Regierung in Merseburg eingeholten Auskünften ist es bisher im ganzen mitteldeutschen Braunkohlenrevier zu ernstlichen Zwischenfällen im Verlauf der Streikbewegung nicht gekommen. Die Lage wird von der Regierung als durchaus ruhig bezeichnet.

#### Hessen im Wahlkampf.

##### Parteitage — Aufstellung der Kandidatenlisten.

Darmstadt, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Parteien sind nun zum hessischen Landtagswahlkampf aufmarschiert. Gestern fanden die Parteitage der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten statt. Mit den Parteitagen der beiden ersteren waren öffentliche Versammlungen verbunden, in denen die Reichstagsabgeordneten Kunkel, Becker-Hessen, v. Richtigshofen und Korrel sprachen. Die Sozialdemokraten hielten nur einen geschlossenen Parteitag in Frankfurt a. M. ab. Nach einem Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion wurde die vom Landesvorstand vorgelegte Kandidatenliste angenommen. Mit dem Ergebnis, Königsberg und Hamburg nachzueifern, gingen die sozialdemokratischen Parteifunktionäre auseinander.

Alle Voraussicht nach wird in Hessen ein erbitterter Kampf um das Bestehen des Kabinetts Ulrich geführt werden. Alle Parteien bieten ihre ganze Kraft auf, um die Wählermassen zu mobilisieren. Die Sozialdemokratie geht in diesen Kampf mit größter Ruhe, zumal bei den Kommunisten große Uneinigkeit besteht. Zwei der kommunistischen Abgeordneten werden nicht mehr kandidieren und voraussichtlich eine Gruppe Ruth Fischer in Hessen bilden.

#### Rakowski fährt ohne Abschied davon.

##### Auf dem Wege nach Berlin.

Paris, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Zu der plötzlichen Abreise des russischen Botschafters Rakowski weicht der „Petit Parisien“ zu melden, daß der russische Botschafter versucht, am Sonnabend im Zug Paris zu verlassen, daß aber sämtliche Schlafwagen besetzt waren. Daraufhin verließ er die russische Botschaft, verbrachte die Nacht inognito in einem Pariser Hotel und verließ die Hauptstadt am Sonntag vormittag um 6 Uhr in einem Automobil. Er hat die französische Grenze nachmittags um 2 Uhr im Saargebiet überschritten. Er war nur von einer Dame und seinem Sekretär begleitet. Das Blatt weist daraufhin, daß die Tatsache, daß Rakowski sein Abberufungsschreiben vor seiner Abreise nicht vorlegte, nichts Außergewöhnliches habe angesichts der Umstände, unter welchen seine Abberufung erfolgt sei. Alle Voraussicht nach werde sein Nachfolger das Abberufungsschreiben Rakowskis gleichzeitig mit seinem eigenen Beglaubigungsschreiben der französischen Regierung vorlegen.

## Senkung der Lohnsteuer.

### Der Antrag der Sozialdemokraten im Reichstag.

Von Paul Herk.

Seit dem 1. Januar 1926 sind die Steuerföche der Lohnsteuer nicht mehr verändert worden. Damals ist unter dem Druck der Sozialdemokratie das steuerfreie Existenzminimum für einen ledigen Steuerpflichtigen auf 100 M. monatlich, für einen verheirateten auf 110 M., für einen Verheirateten mit einem Kind auf 120 M., mit zwei Kindern auf 140 M., mit drei Kindern auf 180 M., mit vier Kindern auf 240 und für jedes weitere Kind auf 80 M. mehr festgesetzt worden.

Diese Regelung bedeutete, daß weite Schichten der gering bezahlten Arbeiter und Angestellten steuerfrei wurden. Inzwischen aber sind als Folge der Teuerung die Nominallöhne gestiegen. Viele Arbeiter und Angestellte, die im Januar 1926 steuerfrei waren, sind dadurch steuerpflichtig geworden. Für die übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger bedeuteten die steigenden Nominallöhne, obwohl sie teilweise sinkende Reallohne waren, absolut und relativ höhere Lohnsteuerbelastung. Das ist an Hand der Reichstafel über die Tariflöhne eindeutig zu beweisen. In der chemischen Industrie zum Beispiel stieg die Steuerleistung eines gelernten Arbeiters (verheiratet mit zwei Kindern) von 70 Pf. die Woche auf 1,05 M., also von 1,8 Proz. des Lohnes auf 2,4 Proz. Der ungelernete Arbeiter, der im Januar 1926 steuerfrei war, hatte im September 1927 35 Pf. Steuer gleich 1 Proz. seines Lohnes zu entrichten. Bei den Buchdruckern stieg die Belastung von 1,20 M. auf 1,55 M., also von 2,7 auf 3,2 Proz.

Mit dieser Entwicklung hat der Gesetzgeber gerechnet. Es liegt im Wesen der Lohnsteuer, daß steigende Löhne eine steigende Belastung zur Folge haben. Gleichwohl blieb der Ertrag der Lohnsteuer im Jahre 1926 hinter dem Ertrag des Vorjahres zurück, und zwar in einem stärkeren Ausmaß, als dies durch die Erhöhung des Existenzminimums bedingt war. Die entscheidende Ursache hierfür war die umfangreiche Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Mit der Besserung des Arbeitsmarktes im Frühjahr 1927 trat automatisch eine von Monat zu Monat stärkere Steigerung des Lohnsteuereinkommens ein. Der Bruttoertrag der Lohnsteuer (das ist die ausgewiesene Einnahme zuzüglich der Erstattungen) betrug: April 102,4, Mai 105,8, Juni 109,6, Juli 114,9, August 111,6, September 115,2 Millionen. Ingesamt sind in diesen sechs Monaten 659,5 Millionen aufgebracht worden. Der Nettoertrag der Lohnsteuer betrug in der gleichen Zeit 640,8 Millionen.

Durch das Reichsgesetz vom 3. September 1925 über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer wurde bestimmt, daß eine weitere Ermäßigung der Steuer vorzunehmen ist, wenn das Einkommen in einem halben Jahre 600 Millionen überschreitet. Für die Bedeutung dieses einstimmig angenommenen Gesetzes ist seine Vorgeschichte bedeutsam. Die Sozialdemokratie verlangte im Sommer 1925 eine sofortige Ermäßigung der Lohnsteuer. Reichsregierung und bürgerliche Parteien aber lehnten das ab, weil sie davon einen starken Ausfall für die Reichskasse befürchteten. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Forderung aber erklärte die Regierung, die Lohnsteuer solle nur einen Ertrag von 1200 Millionen jährlich bringen. Diese von der Regierung zugestandene Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 1200 Millionen Mark wurde dann durch einen Gesetzentwurf festgelegt.

Die Voraussetzungen des Gesetzes sind nun durch das Einkommen in den Monaten April bis September d. J. erfüllt. Das Einkommen in diesem Halbjahre hat statt 600 rund 660 Millionen betragen. Von dem Mehrertrag von 60 Millionen entfallen auf die letzten drei Monate 42, auf die ersten drei nur 18 Millionen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die nächsten Monate einen noch größeren Mehrertrag bringen werden. Aus diesem Grunde muß das gesetzliche Versprechen, das den Lohnsteuerpflichtigen im Jahre 1925 einstimmig gegeben wurde, jetzt eingelöst werden. Dieser Abficht dient der Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er verlangt eine Erhöhung des Existenzminimums von 100 M. auf 140 M. monatlich, wodurch auch die Freibeträge für die Verheirateten um je 40 M. monatlich erhöht werden.

Der sozialdemokratische Vorschlag baut auf dem Gesetz vom 3. September 1925 auf. Er will die Mehrerträge der Lohnsteuer über 100 Millionen monatlich beilegen, die den Lohn- und Gehaltsempfängern unrechtmäßig abgenommen werden, ohne jedoch den Ertrag der Lohnsteuer unter 100 Millionen monatlich zu senken. Deshalb liegt dem sozialdemokratischen Antrag eine Berechnung über das Einkommen der Lohnsteuer zugrunde, wie es sich bei seiner Annahme gestalten würde. Diese Berechnung knüpft an die Einkommensschätzung an, die die Reichsregierung dem Gesetzentwurf über die Senkung der Lohnsteuer vom 19. Dezember 1925 beigelegt hatte. Sie berücksichtigt die Tatsache, daß die durchschnittliche Lohnhöhe seit Ende 1925 um rund 10 Proz. gestiegen ist und geht außerdem von der Annahme aus, daß als Folge der schwebenden Lohnkämpfe bis zum Ende dieses Jahres eine weitere Steigerung um 10 Proz. erfolgen wird.

Auf dieser Grundlage ergibt die Berechnung bei einem steuerfreien Lohnbetrag von 140 M. monatlich ein Auf-

kommen von 1100 Millionen jährlich. Danach würde der sozialdemokratische Antrag scheinbar das Lohnsteuerauskommen um 100 Millionen unter die gesetzlich festgelegte Grenze senken. Aber dieser Ausfall wird tatsächlich nicht eintreten, weil die Lohnentwicklung auch im Jahre 1928 weiter fortschreiten und zu erneuter Steigerung des Lohnsteuerertrages führen wird. Auch kann man hoffen, daß der durchschnittliche Beschäftigungsgrad im Jahre 1928 besser sein wird als im Jahre 1927. Zugleich schließt das Gesetz über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer die Verpflichtung ein, daß die Mehreträge des Jahres 1927 für eine hinreichende Senkung der Belastung verwendet werden. Schließlich muß dafür gesorgt werden, daß die Ermäßigung auch groß genug ist, damit nicht schon nach wenigen Monaten eine weitere Heraushebung der Freibeträge notwendig wird.

Die sachliche Berechtigung und die finanzielle Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung läßt sich danach kaum bestreiten. Trotzdem wird man auf harte Kämpfe gefaßt sein müssen. Das Gesetz über die Beschränkung des Ertrages der Lohnsteuer ist der Reichsregierung und den bürgerlichen Parteien abgezwungen worden. Es hat dort kaum Freunde, dagegen viele offene und noch mehr versteckte Gegner. Die Länder, die unter Bayerns Führung jeden sozialen Fortschritt bekämpfen, verlangen, daß die Reichsregierung die gesetzliche Verpflichtung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Senkung der Lohnsteuer nicht erfüllt. Aber auch die Unternehmer sind Gegner einer Ermäßigung der Lohnsteuer. Sie wollen nicht Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, sie erstreben im Gegenteil seine völlige Aufhebung, mindestens bei der Gemeindebesteuerung. Ihr Ziel ist die Entlastung der Besitzenden. Daher wollen sie die Realsteuern abbauen und vor allem die Besteuerung der hohen Einkommensempfänger wesentlich mildern.

So sind auch in der Steuerpolitik die sozialen Gegensätze mit einem Schlage in den Mittelpunkt des Kampfes gerückt. Die Sozialdemokratie als die Partei des Volkes tritt für den Schutz der Schwachen ein. Der Bürgerblock sucht auch hier den kapitalistischen Interessen den Vorrang zu sichern. Stehen die Massen des Volkes hinter der Sozialdemokratie, so wird der Erfolg auf ihrer Seite sein.

## Idealist Westarp.

### Oder die deutschnationale Politik der reinen Idee.

Graf Westarp hat auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen in Württemberg die Parole für die kommende Reichstagswahl ausgegeben. Es ist eine ganz neue Parole: Gegen den Marxismus!

Wiso sprach Westarp:

„Wenn bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie einen maßgebenden Einfluß gewinnen würde, so wäre es mit einer nationalen Wirtschaftspolitik verbunden. Deshalb gelte es, einen unerbittlichen Kampf um die Macht mit der Sozialdemokratie im Interesse einer gesunden Wirtschaft zu führen. Die Wahlen von 1928 würden durch das Ringen um die Macht mit der Sozialdemokratie gekennzeichnet sein. Ein Erfolg werde aber nur möglich sein, wenn die materialistische Verleumdung als solche gekennzeichnet und von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes erkannt werde.“

Rationale Wirtschaftspolitik — das ist die Politik des Bürgerblocks. Sie bedeutet: Preiserhöhung durch Zoll-erhöhung, Nationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft, Lohnbruch. Mit einem Wort: Klassenkampf in schärfster Form gegen die Arbeiterschaft zugunsten von Großunternehmern und Großagariern.

Aber es ist eine Irrlehre, den Willen des Grafen Westarp zur Fortsetzung dieser Politik auf die Interessen

seiner Freunde zurückzuführen. Die wollen nicht Profit, sondern nur den Sieg der reinen „nationalen“ Idee.

Idealist Westarp zieht in den Wahlkampf Arm in Arm mit Großunternehmern und Großagariern gegen die materialistische Verleumdung der Arbeiterschaft!

## Schwache Meinung für das Schulgesetz.

### Die „Kölnische Volkszeitung“ zur Reichsratsablehnung.

Röln, 17. Oktober.

Zu dem Ergebnis der Reichsratsabstimmung über den Entwurf eines Reichsschulgesetzes schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ u. a.:

Das Bild dieser Verhandlung im Reichsrat war nicht weniger als erbebend und kann nur die ohnehin schon schwache Meinung für ein Schulgesetz, das uns einen wirklichen Schulfrieden bringen könnte, weiter herabdrücken, und nur ein solches Gesetz kann uns helfen. Wir verwahren uns ausdrücklich dagegen, daß wir etwa zufrieden wären mit einem Schulgesetz, das nur mit wenig Stimmenmehrheit der Befennisschule einen Lebensraum und das gleiche Recht gibt, das wir verlangen müssen. Genau so würden wir natürlich ein Gesetz, das unter Majorität der Anhänger der Befennisschule zustandekäme, niemals als eine Lösung anerkennen und jeden derartigen Versuch aufs schärfste bekämpfen. Soll man deswegen der Entscheidung ausweichen und, wie eine übrige bisher vereinzelte volksparteiliche Stimme wünscht, die Zurückziehung des Entwurfs durch die Reichsregierung wünschen? Mit nichten! Der Reichstag, die politische Vertretung des Volkes, darf nicht ausgeschaltet werden, umso weniger, nachdem der Reichsrat in dieser Weise Stellung genommen, d. h. ein bedauerliches politisches Unvermögen bewiesen hat.

Wir haben für die Einrichtung des Reichsrats zumal in seiner gegenwärtigen Form wirklich nicht viel übrig, müssen ihn aber im vorliegenden Falle doch in Schutz nehmen. Bei der Einbringung des Schulgesetzes im Reichstag macht der Reichsinnenminister v. Reudell davon Mitteilung, daß das Gesetz im Länderparlament durchgefallen ist, und erklärt:

„Eine einheitliche Auffassung des Reichsrats hat sich hierbei nicht ergeben, da die Gründe der einzelnen Reichsratsmitglieder für ihre Ablehnung verschiedener Art waren.“

Das stimmt. Das beweist aber auch, daß die Reichsregierung wie wir bereits betonten, auf das Größlichste ihre Pflicht verletzt hat, bei der Vorbereitung des Gesetzes die Auffassung der Länder zu klären und — wenn man schon nicht ihre Zustimmung erreicht — wenigstens eine Arbeitsbasis für den Reichstag zu schaffen. Die Stümperei des Reichsrats auf gesetzgeberischem Gebiet kann sich gar nicht besser kennzeichnen als dadurch, daß es ihm nicht gelungen ist, diese Vorbedingung einer sachlichen parlamentarischen Beratung des Entwurfs zu finden. Die viel gerühmte Kunst der deutschnationalen „Fady“-Minister hat tatsächlich einmal ordentlich Schiffbruch erlitten. Die Rechtsblockregierung, nicht der Reichsrat trägt dafür die Verantwortung, wenn ein so gänzlich unvorbereitetes Gesetz im Reichsrat die Kritik findet, die es verdient. Auch wir hoffen, daß die Volksvertretung nur geringe Neigung für das Schulgesetz zeigen wird. Jedenfalls ist die Ablehnung der Vorlage durch den Reichsrat eine Niederlage, über die keine noch so schönen Wortkünste der Regierungsfreunde hinwegtäuschen können.

## Die Aufrechten.

### Sie kommen nicht darum herum.

Die höfenzöllernschen Familienangelegenheiten nahmen seit der heidenhaften Flucht des Familienhauptes auch sonst eine für monarchistische Herzen wenig erfreuliche Entwicklung. Jedenfalls dürfte es kaum die Herzen der Legitimisten mit Genugtuung erfüllen, daß Wilhelm jetzt durch die Heirat seiner zweiundzwanzigjährigen Schwester Victoria zum Schwager des dreißigjährigen russischen ruffischen Längers Joubkoff wird. Diese komisch anmutende Resonance einer alten Dame mit einem jugendlichen Abenteuerer muß um so mehr Verwirrung in

patriotischen Herzen anrichten, als Wilhelms Spätzeirat mit der auch nicht ganz ebenbürtigen und bedeutend jüngeren Hermine kaum vermunden ist. Um so höher ist es zu bewerten, daß sich noch immer eine Schar von „Aufrechten“ findet, die unentwegt alle monarchistischen Geburts- und Sterbetage begeht. Sie hat am 15. Oktober an der Singakademie eine Kaiserin-Gedächtnisfeier für die verstorbene Auguste Viktoria veranstaltet, bei der allerdings über ihre derzeitige Blühhalterin mit Schmeigen hinweggegangen wurde. Dem Bericht des „Reichsboten“ entnehmen wir, daß der Oberdomprediger D. Conrad im Namen der Zeitschrift „Der Aufrechte“ eine Begrüßungsansprache hielt und unter anderem sagte:

Aber wir gehen nicht vorbei als Aufrechte an dem Bekenntnis zu dem, der in weiter Ferne weilt: wir gedenken unseres Kaisers, der unser Kaiser ist und bleibt! Wir begrüßen Seine königliche Hoheit, den Prinzen Oskar von Preußen, und bitten ihn, dem Kaiser zu melden, daß wir nach wie vor treu zu ihm stehen. — Wir kommen nicht darum herum, am 22. Oktober, dem Geburtstag der Kaiserin, auch des 2. Oktobers zu gedenken, des Geburtstages unseres Feldmarschalls von Hindenburg, der treu und edel in schwierigster Zeit im Sinne der Kaiserin am Vaterlande gearbeitet hat und seine Rühre heute, auch unter den jetzigen Verhältnissen seine Pflicht zu tun.

Die Aufrechten „kommen also nicht darum herum“, an Hindenburg zu denken, auf deutsch: er ist ihnen im Grunde als Präsident der Republik abseuchlich. Es ist eigentlich nicht sehr „aufrecht“, sich um seine wahren Gefühle mit einer verlegenen Redewendung „darum herum“ zu drücken.

## Dem Gedenken Wermuths.

Genosse Kurt Rosenfeld schreibt uns:

Der Tod des früheren Oberbürgermeisters Wermuth veranlaßt mich, um das Bild dieses bedeutenden Mannes der Nachwelt im richtigen Licht erscheinen zu lassen, an sein Verhalten zur Zeit der Revolution zu erinnern. Es war einige Tage nach dem 9. November 1918, als die Genossen Bruns, Heilmann, Dr. Wegl und ich als Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrats die Verwaltung der Stadt Berlin zu übernehmen hatten. Wir suchten Wermuth auf, um mit ihm über die Durchführung der Wünsche der Arbeiter zu verhandeln. Dabei waren wir alle vier von der Notwendigkeit überzeugt, den in der Kriegszeit bewährten Oberbürgermeister, den wir nicht entbehren konnten, der Leitung der Stadtverwaltung zu erhalten. Wir fürchteten aber, daß die Forderungen, die wir sofort stellen und durchsetzen mußten, vor allem das Verlangen der Durchführung des Achtstundentages für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt, ihm, der von aller Voreingenommenheit frei war, dem Sozialismus aber doch ablehnend gegenüberstand, veranlassen würde, sein Amt niederzulegen.

Als wir das Arbeitszimmer des Oberbürgermeisters betraten, kam er uns tief bewegt entgegen. Er versicherte uns sofort, seine Kräfte gern den neuen Gewalten zur Verfügung stellen und auch helfen zu wollen, den im Magistrat gegen den Arbeiter- und Soldatenrat sich regenden Widerstand zu beseitigen. Zugleich fragte er uns, welche Wünsche wir hätten. Als ihm die Antwort wurde, daß zunächst der Achtstundentag durchgeführt werden müsse, erwiderte er ohne Zögern: „Diese Forderung habe ich natürlich erwartet, es ist selbstverständlich, daß sie sofort erfüllt werden muß.“ Und er setzte sich hin und dekretierte mit unserer Gegenzeichnung den Achtstundentag für Berlin.

Dasselbe Verständnis wie am Tage des Uebergangs der Stadtverwaltung auf die Volksbeauftragten der Stadt Berlin zeigte Wermuth während der ganzen Revolutionszeit. Er hatte längst das Bruchstück der vorrevolutionären Gewalten erkannt. Er, der Mann, der aus dem konserverativen Lager gekommen war, stellte sich sofort aus voller Ueberzeugung auf den Boden der Revolution, und das sollte ihm die Arbeiterschaft niemals vergessen.

Der feierliche Sinnes natürlich enthaftet. Der Großindustrielle Dr. Butte in Graz ist gegen Hinterlegung einer Kaution von 100 000 Schilling und gegen Geföbnis enthaftet worden.

## Gustav Hartungs Debut.

### Eröffnungsabend im Renaissance-Theater.

Wochenlang hat Gustav Hartung die Presse mit Notizen versorgt, er wolle des Theater fachten oder jenes, Verhandlungen seien gescheitert, neue begonnen. Endlich ist es soweit: er führt Direktion im schmaden Renaissance-Theater, inszeniert selbst das erste Stück, sieht ein illustres Publikum am Eröffnungsabend. Man erwartet ein Theaterereignis. Hartung startet mit einem Trauerspiel eines Zeitgenossen Shakespeares John Ford, „Giovanni und Anabella.“ Tragödie der Leidenschaft, Kampf des Blutes gegen Gesetz und Sitte. Der Bruder liebt die Schwester. Priesterliche Warnung hat keine Macht über den Sinnestrieb. Anabella wird schwanger und nimmt in ihrer Not den jungen Soranzo zum Mann. Der erfährt von der Blutschande, schilt Anabella rasend eine Hure, schleift sie an den Haaren aus dem Bett und sündet fürchterliche Rache. Aber Giovanni kommt ihm zuvor, ersieht seine Schwester und reißt ihr das Herz aus der Brust. Am Schluß liegen alle Hauptfiguren erdolcht auf der Bühne. Der Amme Putana werden die Augen ausgestoßen. Das äußere Geschehen ist grauenvoll. Aber aus den Versen, die Erwin Kaiser in ein feierliches Deutsch gebracht hat, sprechen Gewalt und Empfindung eines Dichters. In welcher wunderbarer Zeit ist das Stück entstanden! Das Drama, eben geboren, entfaltet sich zu ungeahnter Blüte. Ein Theaterjauch hat alle gepackt. Eine Dichterschore wetteiferte mit dem Genius Shakespeares. Knd, Greene Marlowe, Ben Jonson, Chapman, Massinger, Dekker, Webster, Heywood, Shirley, Ford sind nur einige überkommene Namen.

Bei dieser unbändigen Kraft, von dieser Theaterbegeisterung spürt man bei Gustav Hartung keinen Hauch. Im Zeilupentempo kriecht griesgrämig und lähmend die Handlung dahin. Sie spielt an der damaligen Zeit und an der heutigen vorbei. Gills von Rappard ist ein mürrischer Giovanni ohne Leidenschaft. Khasz ein junger Soranzo ohne jugendliche Feuer, ja, selbst die dankbare Rolle des schürftigen Dieners Basquez erstarrt bei Paul Kraus in Manier. Er springt gebückt auf die Bühne, steht, das linke Bein nach hinten gestreckt, lauernd da, wie wir ihn hundertmal gesehen haben, ein üblicher Theaterintrigant. Die Debe des Abends überbrückt Hans Hermann-Schaufuß in einer Trottelrolle und die weiblichen Darsteller. Hedwig Wangel zeichnet prächtig eine kriegende und lästern-treibende, kupplerische Amme Putana, Elisabeth Lennarz ist eine Anabella von zartem Bau und Franziska King spielt zugleich aufgewühlt und verhalten ein betrogenes Weib mit zitternd-erregter Stimme. T. C. Pitarz hat einen augenerfreuenden Bühnenbau in zwei Stockwerken mit breiter, gewundener Treppe geschaffen. Gaste-

bespannte Wandschirme deuten Wechsel der Szenerie an; leider nur kümmerlich und geschäftsmäßig.

So, Herr Hartung, werden Sie Berlin nicht erobern.

Ernst Degner.

## Herbstkonzert des Männerchors „Ost-Lyranja“.

Die Männerchöre haben es nicht mehr leicht. Wollen sie nicht in Niedertafel verfallen, so müssen sie sich für ihren gehaltvolleren Teil immer mehr ein Programm zusammensuchen, das die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bedenklich streift. So auch der hochstrebende, rührige V. W. Karg mit seiner „Ost-Lyranja“, der in seinem Konzert in der Stadthalle den hundertjährigen Bernhard Klein, den Zeitgenossen Mendelssohns, heranholte, außerdem Peter Galt, Niehles Freund, den der in Rußland sehr kuriose und wandelbare Philosoph in seiner Wagner-Feindschaft als den ersten Komponisten der Zeit bezeichnet, dann Schumann, von den Reueren Wilhelm Sturm und eine eigene Arbeit. Das köstliche Ritornell Schumanns ausgenommen, überragte aber alle Vater Bruch mit seinem „Vom Rhein“ um Hauptlänge. Das andere hätte nur ein Chor mit ganz erstklassigen Material zum Erlingen bringen können. So unterstrich manche Intonationstrübung, harmonische Ungenauigkeit und rhythmische Schwerfälligkeit in den schwereren Partien die teilweise Verblöftheit der Kompositionen. „Mutter Nacht“ von Karg ist ein gehaltvoller Chor, dem nur die bemessene Gestaltung fehlt, und sein „Mosterknecht“ zeigt eine sehr bemerkbare humoristische Begabung und Erfindung. Das neue „Freiheitslied“ von Arenberg, dessen Text nicht sehr tief greift, gibt sich ausy bequem und rhythmisch simpel, wobei die Marschläute-Anfänge seine eigene Rattigkeit noch mehr hervorheben. Die „Hymne“ von einem Ungenannten hat wenig Feuer, brachte es aber durch den ersteren, tieferen Unterton zu einem verdienten da capo. Von dem jerosen Teil war nur Bruchs Meisterlied, der Schluß der „Mutter Nacht“ und namentlich das Ritornell makellos, wobei das feine piano die stärkste Seite der gesanglichen Kultur darstellte. An dem lustigen, weitaus dankbareren Teil konnte man restlos keine Freude haben. Armin Liebermann entzückte seine Zuhörer wieder mit einer großen Anzahl von Cellostücken, die zum Teil V. W. Karg auf der Harle keinesinnig begleitete, zum Teil Fräulein E. Brandenburg am Flügel. Heinrich Maurer.

Kammer-Oper. Die Gemeinnützige Vereinigung zur Pflege deutscher Kunst brachte im Renaissance-theater ein amütiges Spiel heraus. „Der gefangene Vogel“, ein melancholisch-tiefsinniges chinesisches Märchen, kluge Verse von Karla Höcker, gut charakterisierende, zarte, melodische Musik von Hans Chemin-Petit, der auch dirigiert. Sehr apart die marionettenhaft aufgeputzte Agonnie. Im Spiel und Gesang machten sich Maria Rubinstein, Hans Holtorf, Richard Kewich sehr verdient. Damit das allzu zarte, düstige Stückchen nicht trübennig mache, folgt gleich hinterher der Pergolesische „verliebte Gefangener“, nach der Originalpartitur von Erich Anders frei und flott bearbeitet. Hier ist Lustigkeit und Eleganz mit süßester und lauberster Musik umfungen, Versen von geschmackvollen, artigen Tänzen und Arien des 18. Jahrhunderts. Hier trat auch Trif-

Göllnich wichtig zum kleinen Ensemble. Das Orchesterchen aufmerksam und delikat. Diese Kammer-Oper wird unseren Landsleuten in Ost und West, die nicht so glücklich sind, Opernhäuser am Platz zu haben, Freude machen. Wir wünschen Glück auf den Weg nach den 300 Fieden, Städtchen und Städten! R. S.

Alfred Kerr wird geehrt. Der Verlag „Der Ueberblick“ eröffnete mit einer Kerr-Matinee am Sonntag im Theater am Kollendörpplatz die Reihe seiner diesjährigen Mittagsveranstaltungen. Kerr lag in der Loge, und auf der Bühne lagen Prominente aus seinen Werken. Leopold Jessner und Armin T. Wegner zogen die Bilanz aus dem Schaffen des Kritikers. Warum soll ein Theaterleiter nicht auch einmal in der Öffentlichkeit den Kritiker kritisieren? Allerdings gestalte sich diese Kritik zu einer begeisterten Rundgebung für Kerr, dessen kritische Arbeit für das Theater in Jessners Interpretation von aufbauendem Wert ist. Jessner legte den Hauptakzent auf die Feststellung, daß der Kritiker Kerr durch sein Schaffen Börmes Wort, die Kritik leiste für die Kunst nichts Politisches, widerlegt habe. Behandelte Jessner den Kritiker Kerr, so Armin T. Wegner den Dichter Kerr, den enthusiastischen Lebensbejaher. Tilla Durieux, Lina Lössen, Elisabeth Bergner, Paula Wedekind, Deusch, Kortner und Köpfer vermittelten Kritiken und Dichtungen. Kerr selbst trat an irgendeiner Stelle Grundlegendes über den Unterschied zwischen gesprochenem und geschriebnem Wort. Auch seine Werke wirken faszinierend bei der Verkürzung, besonders da manche der Sprecher den Vortraglich mit der Bühne verwechselten. Das Publikum benahm sich außerordentlich begeistert.

Festspiele des Welttheaters. Der leitende Ausschuss des französischen Verbandes des Welttheaters hat in den großen Linien das Programm der internationalen Festspiele, die im Mai und Juni in Paris stattfinden werden, festgelegt. Der Direktor des Odeontheaters Gémier hat während seines letzten Berliner Aufenthalts die Zusagen der Teilnehmer, Bruno Walters als Leiter der musikalischen Veranstaltungen und Max Reinhardt gemeinsam mit Gémier selbst, zur Leitung der Inszenierung erhalten. Die französische Vereinigung des Welttheaters steht gegenwärtig in Besprechungen mit einer Truppe in New York sowie mit einer großen Bühne in Moskau und verschiedenen europäischen Künstlern, die an den Festspielen teilzunehmen wünschen.

Die „Europäische Tribüne“ veranstaltet am 19. 20 Uhr. im Herrenhause, Leipziger Strasse 3, einen Abend. Es sprechen: Heinrich Mann über die Aufgaben der Geistes im neuen Europa, Arnold Zweig über die Formung der Leidenschaften in der Politik, Gustav Hartung über „Das Theater im Dienste der europäischen Verbindungs-politik“.

Humboldt-Hochschule. Dr. Johannes Gänther hält am 21. 20 Uhr. in der Aula des Kommlen-Gymnasiums, Bornimer Str. 11 (Nähe Bittenbergplatz), einen Vortrag über das Thema: Lebendige Ursprünge des Idealtums (mit Lichtbildern). Eintrittsfacten zu Raat 1.— und Raat 0.75 an der Abendkasse und in den Geschäftsstellen.

Die Galerie J. Casper, Ausfüllendamm 233, eröffnete ihre Herbstausstellung am 20. 10 Uhr, mit einer Kollektion von Bildern des Deutschen Amerikaners Martin Rausch der zum ersten Mal in Berlin seine Arbeiten zeigt.

## Linksrad in der Tschechoslowakei.

Überall kommunale Wahlerfolge der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten.

Prag, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Gemeindevahlen, die am Sonntag in der überaus zahlreichen Mehrzahl der Gemeinden der tschechoslowakischen Republik durchgeführt wurden, haben einen entscheidenden Rückschlag für die deutschen Sozialdemokraten, aber auch der Kommunisten. Die deutschen Sozialdemokraten haben in der überwiegenden Mehrzahl der Gemeinden an Stimmen und Mandaten gewonnen. Der Stimmenzuwachs beträgt, soweit sich das bisher überblicken läßt, etwa 10 Proz. Besonders erfreuliche Erfolge haben die deutschen Sozialdemokraten in Ost- und Nordböhmen erzielt. Aber auch in fast allen größeren Städten des gesamten deutschen Gebietes haben die deutschen Sozialdemokraten an Stimmen und Mandaten gewonnen. In Prag haben den

### größten prozentualen Stimmenzuwachs die tschechischen Sozialdemokraten.

die von 33460 auf 47636 gestiegen sind. (Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Gemeindevahlen von 1923.) Die deutschen Sozialdemokraten, die mit den tschechischen Genossen in Prag Listenverbindung hatten, haben so, wie das letztmal, über 2000 Stimmen erzielt. Die Mandatszahl der tschechischen Sozialdemokraten steigt von 9 auf 12. Die tschechischen Nationalsozialisten haben trotz einer Abzweigung ihre Stimmenzahl von 81000 auf 95000 erhöht und erhalten statt 22 nun 23 Mandate. Die Kommunisten dagegen verlieren trotz der Erhöhung ihrer Stimmenzahl um ungefähr 3000 infolge der höheren Wahlziffer 2 Mandate. Die größte Niederlage in Prag erlitten die Nationaldemokraten, welche von 86000 auf 70000 hinuntergingen und von ihren 23 Mandaten 6 verlieren. Die übrigen bürgerlichen Parteien haben ihre Mandatszahl so ziemlich behauptet. Die von den Nationalsozialisten abgetrennte Strömung hat 3 Mandate erhalten. Die deutschbürgerlichen Parteien haben trotz des erheblichen Stimmenzuwachses von 2000 nur 3 Mandate erlangt. Den größten Anteil an den deutschbürgerlichen Stimmen in Prag haben die Demokraten, die aber sonst in der Provinz ihre schwache Position nicht einmal behaupten konnten. Die drei sozialistischen Parteien haben nun in Prag von den insgesamt 100 Mandaten 52 inne, bisher 51.

Die deutschen Sozialdemokraten in der Stadt Teplicz gewonnen dort 2 Mandate, etwa 700 Stimmen, während die Christlichsozialen 1 Mandat und 1300 Stimmen einbüßen. Die Kommunisten gewinnen 1 Mandat. In diesem Bezirk haben die deutschen Sozialdemokraten überaus günstig abgeköhnt mit einem Stimmengewinn von 2000 gegenüber 1923. In der Stadt Kuffig gewannen die deutschen Sozialdemokraten ein erstes, die Kommunisten ein drittes Mandat. Die Nationalsozialisten und Christlichsozialen verlieren je ein Mandat. In Brüx haben die deutschen Sozialdemokraten und die Kommunisten je 1 Mandat wiedererobert. Die Hakenkreuzler verlieren hier in ihrer Hochburg 2 Mandate. In Teichau gewannen die deutschen Sozialdemokraten 2, die Kommunisten 1 Mandat, die Hakenkreuzler verlieren 1 Mandat. Lediglich in Bodenbach verlieren die deutschen Sozialdemokraten trotz einer Stimmenzunahme von 700 ein Mandat. Wie sich an den Ziffern zeigt, haben die Hakenkreuzler gerade in ihren Zentren einen erheblichen Rückgang an Stimmen zu verzeichnen. Die deutschen Sozialdemokraten gewinnen Mandate und Stimmen im

### gesamten Industriegebiet von Nord- und Nordostböhmen.

beispielsweise in Schönlinde zu ihren bisherigen 16 Mandaten noch 2 hinzu, 2 Mandate in Böhmisches Kamniz, je 1 Mandat Gewinn in Benzen und Kucha. Überaus erfreulich ist der Gewinn von 2 neuen Mandaten in Trautenau. In Westböhmen haben die deutschen Sozialdemokraten überall ihre Stimmenziffern seit den Parlamentswahlen von 1925 noch verbessert. Auch in Südböhmen und in Mähren haben die deutschen Sozialdemokraten, soweit sich das bisher überblicken läßt, überall günstig abgeköhnt.

Die tschechischen Sozialdemokraten haben ungefähr 1700 Stimmen zugenommen und überaus erfreuliche Fortschritte, namentlich im Gebiet von Pilsen und Opatowitz, erzielt, wo sie überall ihre Stimmen vermehren. Die Regierungsparteien, sowohl deutsche als tschechische, haben überall einen Rückgang ihrer Stimmen und Mandate zu beklagen. Die tschechischen Sozialdemokraten haben besonders günstig in der Slowakei abgeköhnt. Die deutschen Sozialdemokraten haben in Preßburg ein zweites Mandat erobert.

## Antifaschistische Solidarität.

### Schweizer Kantonsräte aller Parteien einig.

Eine Versammlung der Vorsteher der Baudepartements der Kantone der Westschweiz und des Tessins in Lugano hatte beschlossen, sich nach Italien zu begeben, um die Autostraße Varese—Como—Mailand zu besichtigen. Da wurde bekanntgegeben, daß das italienische Konsulat in Lugano dem sozialdemokratischen Regierungsrat des Kantons Tessin, Canevalcini, der am Ausfluge hätte teilnehmen sollen, die Einreise verweigere. Sofort verzichteten alle seine Kollegen auf den Ausfluge nach Italien. Um 12½ Uhr wurde dann mitgeteilt, daß das Konsulat die Begehrung zurückziehe, es war aber zu spät und die Reise nach Italien wurde nicht ausgeführt.

Der Faschismus in Deutschböhmen, in seiner Bubensform ziemlich bedeutungslos, wenn auch schon mehrfach worbesselt, in den Heimwehren schon gefährlicher, wird jetzt um eine Wiener Hausbesitzerwehr („Bürgerwehr“) und einen „Osterröhmischen Truband“ verstärkt. — Die freigewerkschaftliche Soldatenorganisation heißt „Militär“, nicht Wehrverband, wie unsere Meinung über die Wehrmachtswahlen irrtümlich saate. Das Wohlergebnis ist dadurch verschoben worden, daß man zahlreiche sozialistenfreie kleine Abteilungen bildete, die ebenfalls Vertrauensmänner wählen wie richtige Kompanien usw. Auch das gehört zu dem Prämien- und Belohnungssystem des Ministers Vangoin und der reaktionären Offiziersclique.

Bei den Kreiswahlwahlen im Landkreis Königsberg i. Pr. erhielt der Reichsblock 7115 Stimmen gegen 7871 bei der Barwahl und 12 statt 13 Mandate. Die Sozialdemokratie erhielt 3874 (4803) Stimmen und 6 (gegen früher 8) Mandate. Die KPD bekam 2381 Stimmen und 4 (gegen früher 2) Mandate. Die Beteiligung blieb mit 36 Proz. der Wahlberechtigten gering. In verschiedenen Bezirken kamen Unregelmäßigkeiten vor, die noch zu Auseinandersetzungen führen werden.

Die Ermordung Pessjars in Paris durch den ukrainisch-jüdischen Uffmacher Schwarzbarth wird ab Dienstag das Schwurgericht Paris beschäftigen. Die Verteidigung wird den lässig westlichen Beweis wiederholen, daß Pessjars als antisowjetischer Diktator der Ukraine ein hauptsächlich an den grauenhaften Judenpogromen der ersten Nachkriegsjahre gewesen ist.

# Jubiläum der Oktober-Revolution.

## Rykov über „Sowjetdemokratie“, Nebeneinander von Kapitalismus und Sozialismus, Wiederaufbau-Bilanz.

Leningrad, 16. Oktober.

Auf der Festigung des Zentralkomitees schilderte Rykov in einer zweistündigen Rede die äußere und innere Lage der Sowjetunion und verlas das Manifest, das immer neuen Beifall in dem dichtgedrängten Saale des Laurischen Palais auslöste. Rykov führte u. a. aus: Die Oktoberrevolution bedeutet den Beginn einer neuen Ära der Menschheitsgeschichte. Noch nie dagewesene Zusammenstöße mit den Klassen, deren Tragweite weder Raum noch Zeit begrenzt, zeichnen sich in der Oktoberrevolution ab. Das zehnjährige Bestehen der Sowjetunion trotz der unerhörten schwierigen Verhältnisse, trotz der inneren technischen und kulturellen Rückständigkeit, trotz der Einkreisung durch das feindliche Ausland bekräftigt der ganzen Welt gegenüber die Richtigkeit der proletarischen Revolution. Der ausschlaggebende qualitative Unterschied

### der Sowjetdemokratie

und der bürgerlichen Demokratie besteht in der unmittelbaren führenden Beteiligung der werktätigen Massen im ganzen Staat und in der Wirtschaftsverwaltung durch das System der Sowjets, die gegenwärtig 1½ Millionen Mitglieder aufweisen, wenn man die Genossenschaften, Gewerkschaften sowie verschiedene andere Körperschaften — wie z. B. die Volksbeiräte in den Gerichten, deren Zahl mehr als 2000 beträgt, einrechnet. Die Sowjetunion ist das sozialistische Vaterland der Arbeiterklasse der gesamten Welt, ein freier Verbündeter aller unterdrückten Völker, die um ihre Befreiung kämpfen.

Wie noch nie ist in der gegenwärtigen Epoche das Nationalinteresse der Arbeiterklasse aufs engste mit den Interessen des internationalen Kampfes der gesamten Arbeiterklasse verflochten. Eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen für die Festigung der internationalen proletarischen Revolution ist die Bekämpfung der Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion und die Sicherung der Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der Sowjetunion. Die zehn Jahre nach der Oktoberrevolution zeichnen sich durch einen natürlichen Antagonismus, durch die kapitalistische Einkreisung des ersten proletarischen Staates in verschiedenen Formen, wie offene Intervention, Blockade, geheime diplomatische Intrigen, Vorbereitung eines neuen Krieges aus. Um sich die Möglichkeit eines friedlichen Aufbaus zu sichern, schlug die Sowjetunion in Genua und im Haag den imperialistischen Staaten vor, sie wolle sich sozulagen auslösen. In der Hoffnung auf eine innere Krise der Sowjetmacht wollten die imperialistischen Länder das Wesen des Sowjetstaates selbst vernichten. Heute sind wir erstarkt und beabsichtigen nicht mehr, das zu zahlen, was wir in Genua und Haag anboten. Je stärker wir werden, je weniger wir von den kapitalistischen Ländern abhängig sind, um so weniger werden wir ihnen zahlen. Die Hauptaufgabe der Sowjetrepublik in den letzten Jahren und auch heute ist die Sicherung der Möglichkeit eines friedlichen Aufbaus.

Zum Unterschied von den bürgerlichen Staaten strebt die Sowjetunion keine Erweiterung ihres Gebietes auf Kosten anderer Völker an. Sie ist in keinem Maße an einem Kriege interessiert und daher bilden Frieden und Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in der Weltwirtschaft die Grundlage der äußeren Politik der Sowjetunion. Eine zehnjährige Ruhepause macht trotz der großen äußeren und inneren Hindernisse die Sowjetunion zu einem hervorragenden Faktor in der Weltpolitik. Sie wurde weltpolitisch vom Objekt zum Subjekt. Die innere sowie die internationale Erstarfung des Kapitalismus führte zu neuer aktiver Feindseligkeit gegen die Sowjetunion. Das gegenwärtige internationale Kräfteverhältnis macht ein

### Nebeneinanderbestehen des sozialistischen und kapitalistischen Systems geschichtlich unvermeidlich.

Unter den Bedingungen einer friedlichen Rivalität ist der Sieg des sozialistischen Systems gesichert. Gerade deswegen werden die Regierungen einiger kapitalistischer Länder danach trachten, den geschichtlichen Entwicklungsprozess zu verewalten und Veruche eines bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetunion unternehmen. Bedeutende Aussichten für einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes der Sowjetunion um eine friedliche Ruhepause bestehen insofern, als nicht alle kapitalistischen Länder aus einem Kriege mit der Sowjetunion Nutzen ziehen würden. Mehrere von ihnen würden vielmehr im Falle einer bürgerlichen Restauration verlieren. Ein Krieg gegen die Sowjetunion würde zudem

### den Kapitalismus selbst gefährden.

da der Beginn der sozialistischen Revolution dadurch in anderen Ländern beschleunigt werden könnte. Die Interessen mehrerer Länder führen diese vielmehr auf den Weg des Ausbaues der wirtschaftlichen Verbindung mit der Sowjetunion als den einzigen Weg, der sie vor einer Verelendung bzw. Wiederholung wirtschaftlicher und politischer Krisen sichern kann. Wenn es heute auch nicht möglich ist, den Zeitpunkt des Ueberfalls auf die Sowjetunion voranzuführen, so kann man doch als festgestelltes gelten lassen, daß die Vorbereitung eines solchen Ueberfalls im Gange ist. Die letzten Monate können als der Beginn einer Zeit der Tendenz des Abbruchs der politischen Beziehungen zur Sowjetunion betrachtet werden; dieser Abbruch wirkt in gewissem Umfange auch auf die Wirtschaftsbeziehungen zurück. Der auswärtige Handel der Sowjetunion zeigt keine genügende Entwicklung. Die Komplizierung der internationalen Lage macht die Arbeit auf dem Gebiete des auswärtigen Handels noch schwieriger und verantwortlicher, während zugleich die Industrialisierung der Sowjetunion einen größtmöglichen

### Ausbau der Beziehungen zum Ausland

erfordert. Die Sowjetwirtschaft hat dank ihrer Organisierung der gesellschaftlichen Arbeit den Vorkriegsstand überschritten und im allgemeinen das Tempo des Wiederaufbaues der kapitalistischen Länder überholt. Der Index des Reallohnbesitzes ist im Jahre 1927 in der Sowjetunion um 8, in England um 4, in den Vereinigten Staaten um 3,4 Punkte gestiegen. Der relative Anteil der Arbeiterschaft an dem Nationaleinkommen betrug 29,4 Proz. gegen 24 Proz. im Jahre 1925 bei gleichzeitigen Sinken dieses Anteils in den kapitalistischen Ländern. Die Sowjetregierung hat ihre positive Wirtschaftsarbeit nicht auf der Grundlage der Vorkriegswirtschaft begonnen, sondern ein zerrüttetes, industriell zurückgebliebenes Land übernommen, welches im Kriege die ehemalsigen Wirtschaftsverbindungen verlor und außerdem den Ausbau in sozialwirtschaftlicher Hinsicht durchmachte. Der zehnjährige Krieg von 1914 bis 1920 kostete der Volkswirtschaft nach einer noch zu ergänzenden Berechnung 90 Milliarden Goldrubel. Hieron entfielen über 50 Milliarden auf den Bürgerkrieg, die Blockade und die Interventionen. Der Wiederaufbau vollzog sich ohne jede Hilfe von außen, die vor dem Kriege durch Investitionen ausländischen Kapitals im Betrage von Hunderten von Millionen zum Ausdruck kam.

### Die Bilanz des Wiederaufbaus

lautet: Die Landwirtschaft, die im Jahre 1922 fast um die Hälfte zurückgegangen war, hat heute ihr Vorkriegsniveau wieder erreicht. Die Industrie, die sich in den Jahren des Verfalls um das Fünfeinhalbfache verkleinerte, ist heute weit über ihren Vorkriegsstand hinaus. Die Aufgabe ist heute nicht mehr der Wiederaufbau, sondern der Umbau der ganzen Volkswirtschaft auf einer höheren technischen Grundlage. Ein Haupthindernis besteht heute in dem Kräfteverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft; für letztere reicht die vom Faschismus übernommene Industriebasis

nicht aus. Nur die Industrialisierung wird die Sowjetunion vor der Gefahr schützen, ein Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft zu werden. Unrichtig ist die Meinung, Mittel zur Industrialisierung durch einen verstärkten Druck auf die privatkapitalistischen Elemente in der Wirtschaft der Sowjetunion herbeizuführen, da ihre Wirtschaftskraft zu unbedeutend ist, um zur Industrialisierung erheblich beizutragen. Die Sowjetregierung führt unverändert eine Politik des

### Kampfes gegen die Reste der privatkapitalistischen Wirtschaftsformen;

sie führt diesen Kampf jedoch nicht auf dem Wege administrativer Verdrängung, sondern auf dem ökonomischer Ueberwindung. Ein Druck auf die Landwirtschaft zwecks Herbeischaffung der erforderlichen Industrialisierungsmittel würde die Kaufkraft der Bauern vermindern und damit der ganzen Volkswirtschaft schaden. Die Mittel zur Industrialisierung werden vielmehr so beschafft werden, daß nicht die Entwicklung aller Zweige der Sowjetwirtschaft verlangsamt wird. Im Gegenteil, sie sollen gefördert werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die von der Ueberödterung des Dorfes herührt, wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Landwirtschaft industrialisiert wird. Ein relativer Ueberfluß an Arbeitskraft macht es schon jetzt möglich, die Arbeitszeit zu kürzen und die Arbeitsschichten zu vermehren. Eine der größten Errungenschaften des ersten Jahrzehntes der Sowjetunion besteht in der Möglichkeit, auf der Grundlage einer Rationalisierung der Industrie

### zum Siebenstundentage überzugehen.

der zum Unterschiede von den kapitalistischen Ländern nicht zur Ausbeutung, sondern ausschließlich zur Hebung des Wohlstandes der Arbeiterschaft eingeführt wird. Aber die ersten Aufgaben der Oktoberrevolution sind noch nicht restlos erfüllt. Noch nicht alle Ueberbleibsel der Vergangenheit sind beseitigt: Die rechtliche Gleichheit und die Freiheit der Völker der Sowjetunion sind verwirklicht, einige Nationalitäten sind jedoch noch stark kulturell und wirtschaftlich zurückgeblieben. Die weitestgehende Gleichstellung der Frau ist in der Sowjetunion verwirklicht, aber der Alltag kennt noch viele Elemente der Unterdrückung der Frau. Die Revolution hat alle Vorrechte des alten Beamteniums vernichtet, aber die

### neue Verwaltung weist noch viele alte Gepflogenheiten auf.

Die Religion genießt keine staatliche Unterstützung, aber ein gewisser Teil der Bevölkerung steht noch unter ihrem Einfluß. Das vergangene Jahrzehnt war das

### Goldzeitalter der Revolution.

deren Hauptergebnis die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Sowjetunion als eines sozialistischen Staates ist. Im zweiten Jahrzehnt wird die Sowjetunion gestützt auf die Errungenschaften vergangener Jahre noch viel schwierigere Aufgaben des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zu lösen haben, um das Endziel der Oktoberrevolution, nämlich die Organisierung einer neuen sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Das Zentralkomitee beschloß einstimmig, von einer Debatte über die Rede Rykows Abstand zu nehmen.

## Moskaus Jubiläumsgaben.

### Wo bleibt die politische Amnestie?

Die Festlichkeiten aus Anlaß des zehnjährigen Jubiläums der bolschewistischen Revolution haben gestern zugleich mit der Tagung des Zentralkomitees der KPD in Leningrad eingesetzt, und das dort geschlossene Manifest zählt eine ganze Reihe von Festgaben auf, die dem russischen Volke zuteil werden sollen. Ueber die Bedeutung dieser Ankündigungen kann man verschiedener Ansichten sein. Denn was bedeuten 50 Millionen Rubel mehr für den Wohnungsbau und 15 Millionen mehr für den Schulbau auf den Dörfern und den Arbeiteriedlungen in diesem riesigen Reich, das vom baltischen Meerbusen bis Wladiwostok von Westasien fast bis Indien reicht? Auch der versprochene Uebergang vom Achtfundentage zum Siebenstundentage für Industriearbeiter wird nur diejenigen täuschen, die nicht aus den zahllosen Berichten der russischen Gewerkschaftsverbände wissen, daß in Sowjetrußland der Achtfundentag nur auf dem Papier besteht und daß in jedem von der Konjunktur nur einigemmaßen begünstigten Zweig unzählige Ueberstunden den Arbeitern von Staats wegen aufgezwungen werden. In den weniger begünstigten Industrien wären die Arbeiter froh, wenn sie auch nur fünf Stunden beschäftigt wären.

Die Ankündigung der Abschaffung der Todesstrafe erfolgt mit der Einschränkung, daß Staats- und Militärverbrecher, sowie bewaffnete Banditen, weiter dem Henker verfallen sollen. Demnach bleibt in dieser Hinsicht so ziemlich alles beim alten. Damit verwirklichen die Bolschewiki das Recht, sich in gleicher Front mit der internationalen Sozialdemokratie und dem fortgeschrittenen Bürgertum im Kampfe für die generelle Abschaffung der Todesstrafe zu stellen, an der sie festhalten.

Endlich ist eine Verkürzung der gegenwärtig zu verbüßenden Strafen in Aussicht genommen, „außer den Strafen aktiver Mitglieder politischer Parteien, welche den Sturz der Sowjetordnung anstreben, und böswilliger Defraudanten und Bestechener“. Diese systematische Verpöpelung politischer Kämpfer mit gemeinen Betrügern hat die Sowjetregierung den schmutzigen Regierungsmethoden des italienischen Faschismus entnommen. Einstweilen ergibt sich aus dieser Mitteilung, daß die eingekerkerten oder verbannten oder deportierten sozialdemokratischen oder sozialrevolutionären Arbeiter von der Amnestie ausgeschlossen bleiben sollen. Darüber wird noch manch ernstes Wort zu reden sein. Schon jetzt sei die Unehrllichkeit des Rufes nach Amnestie festgestellt, die die Kommunisten außerhalb Sowjetrußlands für ihre Leute verlangen, während sie sie innerhalb Sowjetrußlands ihren politischen Gegnern verweigern.

## Die Außenpolitik des Bürgerblocks.

### „Die Zügel schleifen am Boden.“

Wir lesen:

Die Außenpolitik Deutschlands war vor drei Jahren atavistisch und lähnt. Jetzt ist sie gänzlich passiv und muillos. Wer damals Stresemann angetrieben hat oder ob er aus eigenem Entschluß gehandelt, mag dahingestellt bleiben. Das heute nichts geschieht, daß nichts vorwärts geht, daß die Zügel am Boden schleifen, ist jedenfalls das eigene Werk und Verdienst der Reichsregierung.

Dieses vernichtende Urteil über die Außenpolitik des Bürgerblocks fällt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, ein zwischen Deutschnationalen und Volkspartei stehendes Unterwerberblatt.

## Aufmarsch der Ruhrbergarbeiter. Für zwischentarifliche Lohnregelung.

Bochum, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Sonntag, dem 16. Oktober, fanden im gesamten Ruhrbergbaugebiet zahlreiche, vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands einberufene Mitgliederversammlungen statt, in denen zur Lage im Bergbau Stellung genommen wurde. In allen Versammlungen wurde die Forderung nach einer Erhöhung der Bergarbeiterlöhne erhoben. Es gelangte eine Entscheidung zur Annahme, in der es heißt:

„Infolge der in letzter Zeit unverantwortlicher Weise erfolgten Preissteigerung für einen Teil der im Arbeiterhaushalt benötigten Waren ist die Lebenshaltung der Bergarbeiter schlechter geworden. Kartoffeln werden zurzeit zu unerschwinglichen Preisen verkauft. Hingegen kommt der Lohnausfall der von den Werken eingelegten Fehlerschlachten. Die Löhne der Bergarbeiter sind unzureichend und stehen hinter den Löhnen anderer Berufe weit zurück. Die zurzeit geltende Lohnordnung läuft vertraglich bis Ende April nächsten Jahres. Bei den oben gekennzeichneten Verhältnissen kann den Bergarbeitern nicht zugemutet werden, sich mit den jetzigen Löhnen bis Ende April abzufinden. Die Funktionäre halten es für notwendig, daß der Forderung der vier Bergarbeiterverbände auf Erhöhung der Löhne Rechnung getragen wird. Sollten die Unternehmer die Notwendigkeit einer zwischentariflichen Lohnhöhung nicht anerkennen, so muß die nächste Möglichkeit zur Vertragslösung ins Auge gefaßt und mit verstärktem Nachdruck erneut die Forderung erhoben werden. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist jedoch die Stärkung der Organisation. An die unorganisierten Bergarbeiter richten deshalb die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes die dringende Forderung, sich unverzüglich dem Bergarbeiterverband anzuschließen. Die Unternehmer rufen für kommende Kämpfe und von den Vorbereitungen der Bergarbeiter für diese Kämpfe und von der Stärke ihrer Organisationen wird es abhängen, auf welcher Seite der Erfolg sein wird.“

### Der Unterschied.

#### Arbeiter-solidarität und Geldsakrevolte.

Wir haben feinerzeit den Beschluß der Unternehmer des westdeutschen Industriegebietes mitgeteilt, fünf Mark pro Kopf der Belegschaft in einen Kriegsfonds abzuliefern, um gegen die Durchführung des Achtstundentags bzw. der Verordnung des Reichsarbeitsministers den Kampf aufzunehmen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, das Organ der Schwerindustrie, schwingt sich in ihrer Sonnabendnummer zu folgender lahmten Erwiderung auf:

Die Gewerkschaftspresse konnte sich vor einiger Zeit nicht genug darüber aufregen, daß von der rheinisch-westfälischen Industrie ein Abwehrfonds für die von der Industrie befürchteten sozialpolitischen Auseinandersetzungen gesammelt wird. Dieselben Gewerkschaftsblätter finden aber nichts darin, daß nach einem Aufruf in der freigewerkschaftlichen „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 41 eine Sammlung für einen Streikfonds für einen Streik in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie durchgeführt werden soll.

Das Essener Unternehmerorgan stellt sich so dumm, daß die Verstärkung direkt anständig wirkt. Der Kriegsfonds der Unternehmer richtet sich gegen die Durchführung des Gesetzes. Es

handelt sich um die Verhinderung des Dreischichtensystems in der Schwerindustrie, angeordnet vom Reichsarbeitsminister auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung, nach einem einstimmig befürworteten Gutachten des Reichswirtschaftsrates. Dagegen rüsten die Unternehmer. Sie können heute nicht mehr zum General-Deputat laufen. Statt der feindlichen Besatzungsarmee mobilisieren die Schwerindustriellen die Geldsäcke.

Die Gewerkschaften aber, ganz besonders die Bergarbeiter, mobilisieren die Arbeiter-solidarität, um sich gegen die Verelendung durch die Unternehmer zur Wehr zu setzen. Die Arbeiter sparen sich diese Grobchen buchstäblich vom Munde ab, während die Unternehmer diese Beiträge einfach unter die Rubrik „Nulstkosten“ auf die Preise schlagen. Mit solchen und ähnlichen Ausgaben werden dann die „Selbstkosten“ in die Höhe getrieben und Preissteigerungen begründet. Der Kriegsfonds der westdeutschen Unternehmer gilt dem Kampf gegen das Gesetz und geht auf Kosten der Verbraucher. Der Solidaritätsfonds der Bergarbeiter gilt dem Kampf gegen das Elend und wird von den Bergarbeitern selbst aufgebracht. Das ist der Unterschied.

### Die Metallhilfsarbeiter zur Lohnbewegung.

Am Donnerstag, dem 13. Oktober, fand eine Branchenversammlung der im DMB organisierten Hilfsarbeiter statt. Sie besprach eingehend die durch die Teuerung entwerteten Tarifföhne. Die Hilfsarbeiter sind diejenige Schicht innerhalb der Arbeiterklasse, die die Folgen von Wirtschaftskrisen und Teuerung am tiefsten und längsten zu spüren bekommt. Der Branchenleiter teilte mit, daß Genosse Ulrich dem DMB die Forderung auf eine zwischentarifliche Lohnhöhung überreicht habe. Eine Antwort stehe noch aus.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung nahmen die Versammelten mit Empörung Kenntnis von dem Angebot des DMB, die Löhne der Hilfsarbeiter in einem allgemeinen Lohn-tarif auf 63 Pf. festzulegen. Sie verlangen eine zwischentarifliche Erhöhung ihrer Löhne. Alle Metallhilfsarbeiter werden schon jetzt auf den Ablauf des Tarifes im Dezember aufmerksam gemacht und die Unorganisierten aufgefordert, endlich durch ihren Beitritt zum DMB an der Schaffung menschenwürdiger Löhne mitzuwirken.

Anschließend der Verschmelzung der vier Lebensmittelarbeiterverbände macht die Entschließung auf die unhaltbaren organisierten Verhältnisse unter den Metallhilfsarbeitern Berlins aufmerksam. Während in ganz Deutschland die Hilfsarbeiter der Metallindustrie einheitlich im DMB organisiert sind, erschwert hier die Zerissenheit im Verkehrsband, DMB, Fabrikarbeiterverband und andere Verbände außerordentlich die Schaffung besserer Lohnverhältnisse und die Agitation.

Alle Kollegen werden aufgefordert, miteinander in einen kollegialen Meinungsaustausch über diese Frage einzutreten.

### Zur Sperre bei Gebrüder Feiesede.

Vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wird uns berichtet:

Die gesperrte Firma hatte durch den Syndikus des Arbeitgeberverbandes beim hiesigen Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung beantragt, dem Verbands der Steinarbeiter bei einer Strafe von 1000 M. für den Einzelfall die Durchführung der Sperrmaßnahmen zu untersagen. Es wurde also versucht, mit Hilfe der Gerichte den von der Firma verübten Tarifbruch zu stützen und der Arbeiterschaft das Mittel der Gegenwehr aus der Hand zu schlagen.

Diese Rechnung hatte aber ein Loch insofern, weil sich das Arbeitsgericht nicht so ohne weiteres als Botschafter für Unternehmerinteressen gebrauchen ließ, sondern einen Verhandlungstermin festsetzte. Da in dem Tarifvertrag eine Bestimmung enthalten ist, wonach vor Ergreifung von Kampfmaßnahmen der Schlichtungsausschuß anzurufen sei, wirkte der Vorsitzende des Arbeitsgerichts dahin, daß ein Vergleich zustande kam, nach dem beide Parteien sofort den Schlichtungsausschuß anrufen sollten und bis zur Entscheidung desselben die von der Firma auszuführenden Arbeiten nicht behindert werden.

Auf Antrag der Organisation fand bereits am folgenden Tage eine Sitzung beim Schlichtungsausschuß statt, wo sich der Herr Syndikus von dem Vorsitzenden in aller Freundlichkeit dahin belehren lassen mußte, daß die von ihm und der Firma beliebte Art der Auslegung von Tarifverträgen mit den allgemein geltenden Regeln von Treu und Glauben nicht recht in Einklang zu bringen sei. Letzten Endes mußte sich aber der Schlichtungsausschuß als unzuständig erklären.

Damit hatte der Zentralverband der Steinarbeiter wieder volle Handlungsfreiheit erlangt und wird jetzt die Sperre in verschärfter Form durchgeführt werden. Zu diesem Zweck wird hiermit die gesamte Bauarbeiterschaft nochmals darauf hingewiesen, alle Fälle, wo ihr bekannt wird, daß für die gesperrte Firma Steinarbeiten ausgeführt werden, sofort dem Ortsbureau der Steinarbeiter, Engländer 25, zu melden. Telephon Moritzplatz 11 500. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma von bei ihr beschäftigten Bürgern auf verschiedenen Baustellen Kunststeinpuh herstellen läßt und die steinernmäßige Bearbeitung an Zwischenunternehmer vergibt. Diese Arbeiten sind als Streitarbeit zu betrachten.

## Sport.

### Rennen zu Grunewald am Sonntag, dem 16. Oktober.

1. Rennen. 1. Die Ude (Sabis), 2. Karabala, 3. Sturmhaub. Toto: 335:10. Platz: 66, 106, 74:10. Ferner liefen: Linsenlee (4), Stalbe, Ello, Krumbrücker, Grifettchen, Nordmark, Juliano, Opalka, Feidrichshagen, Fervida, Ananas.
2. Rennen. 1. Danthos (Grabsch), 2. Stahel, 3. Poffel. Toto: 39:10. Platz: 18, 51, 44:10. Ferner liefen: Wida (4), Helios, Oberon II, Dänmerkunde, Orgel, Princek, Roland, Pagode, Das Lied, Christinchen, Goldbama, Vortland.
3. Rennen. 1. Blad Bridge (D. Schmidt), 2. Kalatka, 3. Wilke. Toto: 107:10. Platz: 24, 18, 18:10. Ferner liefen: Poloch (4), Orlandus, Kalkbein, Licht-Alberich, Kuber, Alexander der Große, Jallum, Storm, Cloud, Von Robert, Gourmet, Ad hoc.
4. Rennen. 1. Velopa (D. Schmidt), 2. Rajessa, 3. Boglinde. Toto: 12:10.
5. Rennen. 1. Dleander (Barga), 2. Scapla, 3. Impressionist. Toto: 23:10. Platz: 19, 18, 42:10. Ferner liefen: Vail (4), Dampos (5), Klee Dleur (6), Hddur, Limanova, Gientongler, Koh-Jong, Narcissus, Paktzier, Rheinwein, Hühnenbranz, Dargia.
6. Rennen. 1. Grienzenholz (Grabsch), 2. Empfehlung, 3. Rosenbergo. Toto: 22:10. Platz: 17, 15, 24:10. Ferner liefen: Widbraut (4), Numm, Grimm, Pubko, Capresse II.
7. Rennen. 1. Abteilung. 1. Wandnadt (Gugumin), 2. Sandbal, 3. Primula. Toto: 81:10. Platz: 20, 15, 25:10. Ferner liefen: Hbarliker, Dergog Christoph, Dribos, Fichtage, Silberlage, Heilroth, Futria. — 2. Abteilung. 1. Runin (K. Zeise), 2. Wafe, 3. Siegelganga. Toto: 65:10. Platz: 30, 68, 24:10. Ferner liefen: Raländer, Pedro, Rinaldo, Dstik, Wandnadt, Kabbel, Sanftion, Streifjunge.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geytz; Wirtschaft: G. Altagehler; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Glatz; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Solales: und Sonstiges: Frh. Karstädt; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Herold-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Herold-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Seite 1. Beilage.

# MODELLE 1928 OPEL MODELLE 1928

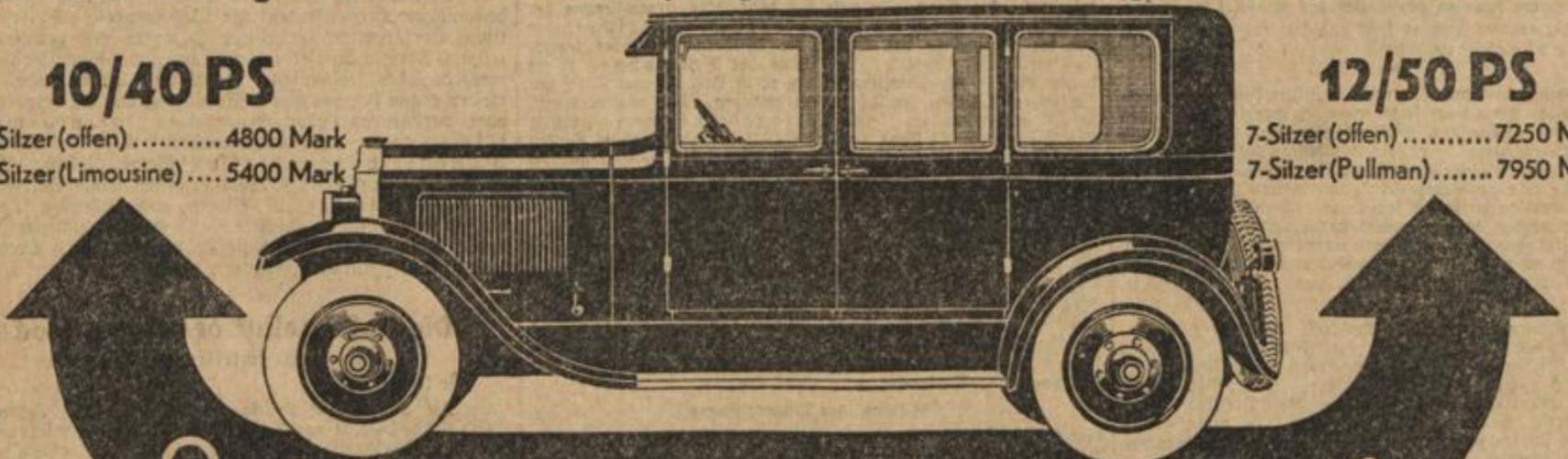
Mit einem Erfolge ohnegleichen haben OPEL 10 PS und OPEL 12 PS den deutschen Markt erobert. Nun erscheinen sie als neue Modelle 1928 mit wesentlichen Verbesserungen, trotzdem in ihren Preisen gesenkt. Sie haben die neue mechanische Bremse, die der Öl- und Luftdruckbremse an Wirkung gleich, doch ohne deren Nachteile ist. Sie haben die neue Kolbenkonstruktion, die bei noch erhöhter Motorkraft geräuschloses Fahren gewährt. Sie haben die starke, ausgeglichene Kurbelwelle, die — beim Sechszylinder selbstverständlich — siebenfach gelagert ist. Sie haben die weiträumige, bei allen Schönheitsbewerben preisgekrönte Karosserie. Sie haben die „Aufzug-Vorder-Scheibe“, die das Innere der Limousinen stets angenehm durchlüftet hält. Sie haben vieles andere mehr. In Plan und Ausführung sind sie das letzte Ergebnis neuzeitlicher Schöpfung. Sie sind die Erfüllung noch ungeahnter Wünsche.

## 10/40 PS

5-Sitzer (offen) ..... 4800 Mark  
5-Sitzer (Limousine) .... 5400 Mark

## 12/50 PS

7-Sitzer (offen) ..... 7250 Mark  
7-Sitzer (Pullman) ..... 7950 Mark



Opel, die Mode von gestern, heute und morgen

# Fünf Tote bei einer Brandkatastrophe.

## Schloß Uffing bei Augsburg niedergebrannt.

Augsburg, 17. Oktober.

In dem aus dem 16. Jahrhundert stammenden Schloß Uffing, das 30 Kilometer von Augsburg entfernt liegt und dem Freiherrn von Cravenstein gehört, brach am Sonntag nachmittag, wahrscheinlich infolge eines schadhaften Kamin, ein Großfeuer aus, gerade als der Schlossherr mit seinen Jagdgästen bei Tisch saß. Innerhalb kurzer Zeit stand der ganze Dachstuhl in Flammen. Während der Ausräumungsarbeiten im Mansardenstock, an denen sich etwa 40 Personen beteiligten, stürzte plötzlich der zentralgelegene Schloßturm, der zugleich als Hauptkamin diente, ein. Um 6 Uhr abends wurde auch das erste Stockwerk von den Flammen ergriffen. Um 10 Uhr abends, als man die Rettungsarbeiten für mehrere noch in dem brennenden Schloß befindliche Personen fast vollendet hatte, stürzte die Decke des ersten Stockwerkes ein, so daß man die Rettungsarbeiten aufgeben und die Unglücklichen ihrem Schicksal überlassen mußte. Insgesamt fanden fünf Personen bei dem Brande den Tod, während zehn Personen schwer verletzt wurden. Eine Reihe Personen erlitt Nervenzusammenbrüche.

Gegen Mitternacht wütele das Feuer mit unverminderter Kraft fort und hatte bereits das ganze Schloß in Flammen gefaßt. Es besteht die Gefahr, daß das Feuer auch auf die Wirtschaftsgebäude übergreift. Aus Augsburg und Umgebung sind die Feuerwehren zur Löscharbeit herbeigeeilt. Erschütternd sind die

### Einzelheiten der Katastrophe.

So mußte ein Feuerwehrmann, der bis zur Brust zwischen den Trümmern des eingestürzten Turmes eingeklemmt war, bei lebendigem Leibe verbrennen. Vier Kameraden konnten den Bedauernswerten, der um Hilfe steht und bis zum letzten Augenblick bei vollem Bewußtsein war, nicht aus seiner entsetzlichen Lage befreien. Ein anderer Feuerwehrmann, der einen an einem Mauervorsprung des Dachgeschosses hängenden Knaben retten wollte, stürzte drei Stockwerk tief hinab und erlitt schwere innere Verletzungen.

Unter den fünf Todesopfern, die die Brandkatastrophe im Schloß Uffing forderte, befinden sich zwei Feuerwehrleute. Auch unter den Verletzten sind mehrere Wehrmänner. Die übrigen Opfer sind Zivilpersonen, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligten. Die Feuerwehren von Augsburg und Uffing sowie die Sanitätskolonne Augsburg haben bei dem Brande mit äußerster Hingabe und Opferwilligkeit gearbeitet. Eine Anzahl Schwerverletzter ist in das Augsburger Krankenhaus eingeliefert worden.

Augsburg, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Brand war auch heute, Montag früh, noch nicht gelöscht. Im Augsburger Krankenhaus ringen noch drei Verletzte mit dem Tode. Der Schlossbesitzer und seine Gattin legten während der Rettungsaktion ein sehr schönes Verhalten an den Tag. Sie forderten die Feuerwehrleute immer wieder zum Hineinstürmen in das Gebäude auf, obwohl bei dieser Arbeit größte Lebensgefahr bestand.

# Massenprotest gegen Reichsschulgesetzentwurf.

## Kundgebung im Berliner Rathaus.

Die gestrige Kundgebung des Sozialistischen Kulturbundes im Bürgeraal des Rathauses gegen den Keudellischen Reichsschulgesetzentwurf erhielt ihre Bedeutung durch die Teilnahme zahlreicher Vertreter der freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände, der Beamtenblinde und der verschiedenen Kultur- und Jugendorganisationen. Der bis auf den letzten Platz gefüllte Saal und die von großem Ernst und heftiger Sachlichkeit getragenen Ausführungen der Referenten, die oft durch spontane Zustimmungskundgebungen unterbrochen wurden, werden den Schulreformulungen aller Schichten gezeigt haben, daß der Kampf um die Seele des Kindes auf der ganzen Linie entbrannt ist und daß die Befürworter einer freien Volksschule gewillt sind, diesen Kampf bis zum äußersten zu führen.

Ein Gesangsbeitrag des Mädchensings der weltlichen Rüstler-Schule eröffnete die Versammlung, die vom Genossen Arthur Crispian begrüßt und geleitet wurde. Darauf nahm Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Wegscheider das Wort zu ihrem Referat. Sie wies auf den Verzicht der Reaktion hin, die Einheit der arbeitenden Massen, deren aktive Teilnahme an der Gestaltung des Staates heute Wirklichkeit geworden ist, durch konfessionelle Fragen zu zersplittern. Mit Genugtuung durfte man nach der Revolution auf die Tatsache hinweisen, daß der Gedanke der Einheitschule überall Wurzel geschlagen hatte. Man betrachtete diese Schule, die die Freiheit der Entfaltung aller menschlichen Anlagen gewährt, als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau des neuen Staates. Die Bestimmung des ersten Absatzes des Artikels 146 der Reichsverfassung, daß die Aufnahme eines Kindes in die Grundschule nicht von der wirtschaftlichen Lage oder der Konfession der Eltern abhängig zu machen ist, deckt sich auch mit den Gesetzmäßigkeiten der meisten Völker Europas. Der Keudellische Entwurf sabotiert aber den klaren Wortlaut der Verfassung. Gegen ihn haben auch die Lehrer selbst in einheitlicher Weise Stellung genommen. Es gibt etwa 25 000 bis 30 000 arbeitslose Junglehrer, von denen diejenigen, die keiner Kirche angehören, Schaden für ihre Anstellung befürchten müssen. Das erzeugt eine Gesinnungsumperlei, die die Erziehungsarbeit auf das ungünstigste beeinflusst.

Hierauf nahm Studiendirektor Kawerau das Wort. Er gab, unterstützt durch reiches Zahlenmaterial, ein anschauliches Bild von der Zersplitterung und Zerküftung auf dem Gebiete der Schulorganisation, die der reaktionäre Entwurf, wenn er Annahme fände, nach sich ziehen muß. Weitere Folgen wären die Wiederherführung der geistigen Schulaufsicht und der Einzug der Vertreter der religiösen Gesellschaften in die Schuldeputationen. In den notwendigsten Fällen zu errichtenden Zweigschulen ist eine fruchtbare Erziehungsarbeit unmöglich. Den Kommunen erwachsen ferner un-

tragbare finanzielle Lasten. Für Berlin käme die Errichtung von 37 neuen Schulen in Betracht, die einen Kostenaufwand von über 40 Millionen Mark verursachen. Der Schulgesetzentwurf muß auch darum abgelehnt werden, weil er geeignet ist, den Willen der Wählerschaft zu verfälschen; ebenso verbaut er den Weg zur Gemeindefortschule.

Auch diese Ausführungen fanden den stürmischen Beifall der Versammlung, die darauf mit großer Aufmerksamkeit dem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Genosse Alwin Saenger-München folgte, der den Entwurf vom verfassungswidrigen Standpunkt aus einer pernickelnden Kritik unterzog. An zahlreichen Beispielen konnte der Redner den klaren Beweis dafür erbringen, daß derjenige Reichsschulgesetzentwurf in wesentlichen Teilen dem Sinn der Reichsverfassung direkt ins Gesicht schlägt. Der Entwurf ist unbedingt verfassungsändernd! Dem Kampfe der Linksparteien im Reichstag ist dadurch die Richtung gegeben.

Nachdem Rückert für das Dristatell der freien Gewerkschaften, Tischbach für die Angestelltenverbände, Kassin für den Deutschen Beamtenbund, Jacher für den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, Diederich für die Arbeiterjugend, Frau Rahenst ein für die Kinderfreunde und Vertreter der weltlichen Schulen und des Bundes der entschiedenen Schulreformer die Erklärung abgegeben hatten, daß auch sie den Bürgerblutentwurf entschieden ablehnen und mit allen Mitteln bekämpfen werden, nahm die Versammlung einstimmig die folgende

### Resolution

an: „Trotz ihrer Niederlage im Reichsrat hat die Reichsregierung ihren reaktionären, verfassungswidrigen Schulgesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt. Das ist eine doppelte Herausforderung der arbeitenden Massen. Der Keudellische Reichsschulgesetzentwurf ist ein Aktentwurf auf die Republik. Er will verfassungswidrig die Einheit und den staatlichen Charakter des Schulwesens vernichten und Schule und Lehrer der Kirche anheften. Er will durch Entschärfung religiöser Gegensätze die Wertigkeiten gegeneinanderheben, um die Herrschaft des Besitzbürgerbols aufrecht zu erhalten. Die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind entschlossen, alle Kräfte einzusetzen, um das Keudellische Reichsschulgesetz zu Fall zu bringen. Der Kampf um die Schule ist ein Stück des großen sozialen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden nicht dulden, daß dieser Kampf durch sozialreaktionäre Zwecke verfälscht wird. Sie sind zum entschiedenen Widerstand entschlossen gegen jedes Schulgesetz, das den Weg zur allgemeinen weltlichen Einheitschule versperrt. Sie fordern die Schaffung und Bewahrung leistungsfähiger Schulkörper unter unbedingter Aufrechterhaltung der staatlichen Schulfreiheit und unter Ausschaltung aller fremden religiös-weltanschaulichen Gegensätze.“

Ruhelose lag Frau Wilde, der ebenfalls der Schädel eingeschlagen war. Der Mörder hatte die Tote sorgfältig gebettet, ihre Hände auf der Brust gefaltet und einen Blumenstrauß zwischen die erkalten Finger geschoben. Das dritte Opfer war die kleine Agnes, die erschlagen in ihrem Kinderbettchen in demselben Raum lag. Beim weiteren Aufsuchen des Gebäudes entdeckte man schließlich die Leiche Wildes. Er hatte sich auf dem Boden an einem Dachsparren erhängt und sich gleichzeitig eine Kugel in den Kopf gelogt. Auf dem Tische im Wohnzimmer fand man drei Briefe Wildes, die trotz des ziemlich wirren Inhalts erkennen lassen, daß der Mann durch die ständigen häuslichen Reibereien zur Verzweiflung getrieben worden war und ohne Zweifel in einem Anfall von Geistesverwirrung seine Familie und sich umgebracht hat. Nach Aufnahme des Tatbestandes durch die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. D. Ober wurden die Leichen zur Beerdigung freigegeben.

### Ein Einbrecher auf der Flucht erschossen.

Nach einem mißlungenen und einem vollendeten Einbruch wurde in der vergangenen Nacht ein 23 Jahre alter Otto Bachmann, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhielt, von einem Polizeioberwachmeister erschossen. Gegen 1 1/2 Uhr wurde eine aus zwei Beamten bestehende Streife des Reviere 50 auf dem Wedding darauf aufmerksam gemacht, daß sich zwei unbekannte Männer an der Tür einer Fahrradhandlung in der Bodstraße verdächtig zu schafften machten. Die Beamten näherten sich vorsichtig und sahen die beiden auch noch an der Tür. Als diese jedoch die Streife herankommen sahen, ergriffen sie die Flucht und entkamen zunächst. Später haben die Beamten aus dem Hause Grünthaler Straße 9 zwei Männer heraufkommen und erkannten in ihnen die Verdächtigen aus der Bodstraße wieder. Sie geboten ihnen Halt und es gelang ihnen, den einen, einen 19 Jahre alten Arbeiter Franz T. aus der Bogenstraße sofort festzunehmen. Der zweite

ergriff die Flucht, wandte sich plötzlich um und gab aus einer Selbstwehrpistole einen Schuß auf die Beamten ab, um sie vom Leibe zu halten. Diese ließen sich aber nicht abschrecken und leisteten die Verfolgung fort. Bald darauf fiel ein zweiter Schuß, der ebenfalls fehlging. Seit von auch der Polizeioberwachmeister B. seine Dienstpistole und erwiderte das Feuer mit einem Schuß. Der Verfolgte stürzte zu Boden und blieb liegen. Die Beamten brachten ihn nach der Rettungswache 10, wo der Arzt feststellte, daß er einen tödlichen Herzstich erhalten hatte. Die Person wurde bald als die des Wahnwitz festgestellt. Er und T. hatten nach dem mißglückten Versuch in der Bodstraße 9 das Feinschneidwerk von Köster erbrochen und daraus die Ledertasche, Parfüm und Seife gestohlen.

### Der schwere Autobusunfall in Schöneberg.

#### Wer ist der Schuldige? Chauffeur oder Radfahrer.

Wie erinnertlich, ereignete sich am Nachmittag des 16. Juni d. J. in der Hauptstraße in Schöneberg ein schwerer Autobusunfall, bei dem sieben Personen schwer und vierundzwanzig leicht verletzt wurden. Ein Wagen der Linie 5, und zwar war es bezeichnenderweise wiederum einer der alten Wagen, die schon mehrfach in der gleichen Weise verunglückt sind, war zum Klappen gekommen.

Der Omnibus hatte sich glücklicherweise so langsam gefenkt, daß die Fahrgäste, die auf dem Verdeck saßen, wie auf einer Rutschbahn auf den Bürgersteig hinunterkamen. Von ihnen wurde niemand verletzt. Schwere erlitt es der Fahrgast im Innern des Wagens, von denen eine große Zahl durch Verstauchungen und Glasplitter teilweise überaus schwer verletzt wurde. Der verhängnisvolle Vorgang hat heute kein gerichtliches Nachspiel vor dem Erweiterten Schöffengericht Schöneberg. Das Gericht wird zu prüfen haben, wer der eigentliche Schuldige an dem Vorfall ist, denn die Anklage richtete sich wegen fahrlässiger Körperverletzung in gleicher Weise gegen den Kraftwagenführer des Autobusses, Paul Otto und den Radfahrer Alfred Postelmann, der vor dem Autobus fuhr und unvorschriftsmäßig diesem in den Weg gekommen sein soll.

Dem Kraftwagenführer wird vorgeworfen, daß er durch zu schnelles Fahren in eine so gefährliche Situation gekommen ist, und daß er seinen Wagen, um ein Unglück zu verhindern, ganz scharf herumwerfen mußte. Otto ist bis zum Unfalltag zehn Monate im Dienst gewesen. Er bestritt ein Verschulden. Der Wagen kam von Steglitz in der Richtung Berlin. Hinter dem Kaiser-Wilhelm-Platz sei das Gelände abwärts. Deshalb sei er schon von der dortigen Haltestelle aus mit Bremsen gefahren. Das geschähe auch schon deshalb, weil aus der in die Hauptstraße einmündenden Helmsstraße häufig Autos kämen. Hinter der Helmsstraße habe er ganz plötzlich vor sich rechts auf oder neben dem in der Mitte liegenden Straßenbahnsteig einen Radfahrer vor sich gesehen. Er habe stark gehupt und in demselben Augenblick sei der Fahrer dicht vor seinem Wagen gewesen. Offenbar habe der Radfahrer unvorschriftsmäßig mitten auf der Fahrbahn die Straße ohne Signal überquert wollen. Am den Mann nicht zu überfahren, sei er gezwungen gewesen, das Steuer scharf links herum zu werfen, denn bei dem Gefälle sei trotz der abgebremsten Fahrt ein Halten nicht möglich gewesen. Wie er nachher geäußert habe, sei der Autobus auf den rechten Radern liegend über den ganzen Fahrdamm gerutscht und mit dem rechten Vorderrad auf die Bordsteigkante gestiegen, wodurch das Umklappen verursacht worden sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, Landratschreiber Lempke, ob er nicht wieder versucht habe, das Steuer nach rechts zu ziehen, kann der Angeklagte keine Auskunft geben. Er nehme aber an, daß er das mechanisch getan habe, daß der Wagen aber nicht mehr zu halten war.

### Trauerfeier für Oberbürgermeister Dr. Wermuth.

In der alten Kirche der früheren Kadettenstadt in Groß-Dickersfelde fand gestern mittag die Trauerfeier für den verstorbenen Staatssekretär und Oberbürgermeister a. D. Dr. Adolf Wermuth statt. Als Vertreter der Reichsregierung war Reichsfinanzminister Dr. Köhler erschienen, vom Magistrat Berlin Oberbürgermeister Böhm und Stadterordnungsreferent Hoff. Nach dem Placet ergriff Reichsfinanzminister Dr. Köhler das Wort und dankte dem Verstorbenen im Namen des Vaterlandes für seine 25 Jahre hindurch geleisteten Dienste. Sein energisches und zielbewusstes Wirken und sein hohes Können, besonders als Staatssekretär des Reichsschatzamt in der Zeit des machtloosen Wirtschaftsaufstieges des deutschen Reiches, seien grundlegend gewesen. Oberbürgermeister Dr. Böhm schloß die in längerer Ansprache die Verdienste des Verstorbenen um die Stadt Berlin.

Im Laufe des Montags wird die Leiche Dr. Wermuths nach Buch übergeführt, wo am Nachmittag die Beisetzung im Schloßgarten zu Buch stattfinden wird.

### Wieder Raubüberfall im Tiergarten.

Auf dem Heimwege wurde gestern um 10 1/2 Uhr der 18 Jahre alte Tischlerlehrling Walter Thomalla aus der Chauffierstraße 105 überfallen. Als er abnageltes durch den Tiergarten ging, fielen in der Nähe des Großen Sterns zwei unbekannte Männer, die sich im Gebüsch versteckt gehalten haben mußten, über ihn her, schlugen ihn zu Boden und mißhandelten ihn schwer. Sie zogen ihm dann den Mantel vom Leibe, raubten ihm seine Habfeligkeiten, ergriffen mit der Beute die Flucht und entkamen. Der Ueberfallene erlitt durch schwere Hiebe Verletzungen am Gesicht und an den Händen, auch scheint ihm ein Hüftgelenk ausgegelenkt zu sein. Ein Drohkündschaffener, den er anrief, brachte ihn mit seinem Wagen nach seiner Wohnung, wo er in ärztlicher Behandlung den überlagert. Die Räuber kann er wegen der Dunkelheit jetzt nicht beschreiben.

### Selbstmordversuch eines Schnyowachtmeisters.

Auf dem Hof der Schlosskaserne spielte sich gestern nacht gegen 11 Uhr ein aufregender Vorfall ab. Ein Oberwachmeister der Schupolizei, der zusammen mit einem Kameraden den Kasernenhof betreten hatte, zog plötzlich aus dem Ledersack seine Dienstpistole hervor und richtete die Waffe gegen die Schläfe. In dem Augenblick, als er losdrücken wollte, schlug der Begleiter geistesgegenwärtig den Revolver zur Seite, so daß der Schuß fehlging. Der Selbstmordkandidat wurde vorläufig in Schuchhaft genommen. Schwermut soll das Motiv zu dem Selbstmordversuch sein.

### D 1220 in Portugal gelandet.

#### Weiterflug der französischen Ozeanflieger.

Das Heinkel-Flugzeug D 1220, das am Sonntag gegen 9 Uhr vormittags Amsterdam verließ, ist um 6 Uhr abends in Portugal gelandet. Die Landung erfolgte in der Küstenstadt Tigo.

Es ist vorläufig noch unbestimmt, wann das Junkers-Flugzeug D 1230 die Azoren zum Weiterflug nach Amerika verläßt.

Die französischen Südamerikaflyger Coste und Be Brie sind am Sonntag vormittag um 7.10 Uhr von Port Royal nach Rio de Janeiro gestartet. Sie mußten jedoch unterwegs aus bisher noch unbekanntem Grund eine Notlandung vornehmen.

### Furchtbares Familiendrama in Werbig.

#### Untergang einer ganzen Familie.

Ein grauenhaftes Verbrechen wurde am Sonnabend in dem Ackerbürgerstädtchen Werbig a. O. Bahn entdeckt. In dem Häuschen des Arbeiters Oskar Wilde wurde seine Frau, deren Töchterchen Agnes aus erster Ehe und die Schwiegermutter Wildes mit entsetzlichen Wunden ermordet aufgefunden. Wilde hatte die drei mit einer Art erschlagen. Darauf hat sich der Täter erhängt und schoß sich gleichzeitig eine Kugel in den Kopf. Über die Einzelheiten dieses grauenhaften Familiendramas wird folgendes bekannt:

Etwas abseits von den anderen Häusern des Ortes Werbig a. O. Bahn liegt an einem Bergabhange das Anwesen des 28 Jahre alten Arbeiters Oskar Wilde. Vor zwei Jahren heiratete Wilde in die kleine Wirtschaft hinein. Seine Frau, die zwei Jahre älter war, hatte aus erster Ehe ein jetzt 6 Jahre altes laubstimmiges Töchterchen Agnes, das den Namen des ersten Vaters Fleischer führte. Als Wittlerin wohnte außerdem die 74 Jahre alte Schwiegermutter, die Witwe Auguste Fleischer, auf dem Gehöft. Die betagte Frau galt für sehr genau und hatte mit dem Ehepaar des Oskars heftigen Streit. Am vergangenen Freitag waren beide Frauen mit dem Einkochen von Pfannkuchen bis gegen 10 Uhr abends beschäftigt, wobei Nachbarleute ihnen Gesellschaft leisteten. Nachdem diese sich entfernt hatten, muß es wieder zu einem erregten Streit gekommen sein. Am Sonnabend fiel es den Ortsbewohnern auf, daß sich niemand von der Familie sehen ließ. Sie benachrichtigten von ihren Befürchtungen den Amtsverwalter Erdmann, der sofort auch die Landjägerei hinzuzog. Beim Betreten des Hauses bot sich den Beamten ein entsetzliches Bild. Auf dem Hausflur lag mit zertrümmertem Schädel die Schwiegermutter Fleischer. Durch einen wichtigen Kratzfuß war ihr fast der Kopf vom Rumpfe getrennt. Im Wohnzimmer zeigten sich neue Bilder des Schreckens. Auf einem

